

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

8.5.1924 (No. 108)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verantwortlich:  
Nr. 253  
und 254  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. K. M. e. u. b.  
Karlsruhe

**Wegspreiz:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstage 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenmaß. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerbedürfnis, zwangsweise Beirichtung und Konturübernahme fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatsschluss erfolgen. Inverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Die Milchversorgung Badens

Von Oberamtmann Dr. Brombacher

In den letzten Jahren vor dem Kriege wurde die Menge der jährlich in Deutschland erzeugten Kuhmilch auf 25,5 Milliarden Liter geschätzt. Dazu kam eine Einfuhr von Milch und Milchzeugnissen aus dem Ausland im Werte von etwa 60 Millionen Mark, die wenn man das Liter auf 15 Pfennig berechnet, eine Menge von nahezu einer weiteren halben Milliarde Liter ausmacht.

Diese 26 Milliarden Liter standen also jährlich für Frischmilchverbrauch und Herstellung von Milchzeugnissen zur Verfügung. Der Milchverbrauch (Frischmilch) in den größeren Städten war äußerst verschieden. Soweit statistische Angaben vorliegen, dürfte er in Baden mit jährlich 130 Liter auf den Kopf der städtischen Bevölkerung, somit täglich mit etwa 1/3 Liter, anzusetzen sein.

Während des Krieges gingen infolge der Inanspruchnahme der Milch für die Fettversorgung und infolge der Minderproduktion die für den Verbrauch verfügbaren Frischmilchmengen derart zurück, daß es in den Städten häufig nicht einmal möglich war, der sogenannten milchvorrangberechtigten Bevölkerung (Kinder, stillende Mütter, Kranke usw.) den erforderlichen Notbedarf an Milch zu gewähren. Besonders Baden hatte unter der Milchknappheit zu leiden. Nicht nur die Abnahme des Viehbestands und die geringere Milchzeugung Badens während des Krieges, sondern vor allem der Wegfall bzw. die auf einen Bruchteil der früheren Lieferungen reduzierte Milcheinfuhr aus anderen Ländern verhinderte eine zureichende Versorgung des Landes mit Milch. Nach den statistischen Mitteilungen vom Jahr 1911, S. 21 wurden in Baden allein auf dem Bahnwege an Milch im Jahre 1910 eingeführt:

aus Hessen	rund 15,0 Millionen Liter jährlich
Württemberg	8,6 " " "
der Schweiz	3,5 " " "
Bayern	2,4 " " "
Ob- u. Niederrhein	0,4 " " "
Preußen	0,1 " " "

Insgesamt also 30 Millionen Liter.

Ausgeführt wurden rund 1,5 Millionen Liter jährlich, so daß ohne die Zufuhr mittelst Fuhrwerk oder zu Schiff in Friedenszeit mindestens eine Menge von 28,5 Millionen Liter außerbadische Milch jährlich zur Verfügung stand.

Nach Beendigung des Krieges trat in der Anlieferung von Inlandsmilch in die Städte eine Besserung ein, während die Zufuhr aus außerbadischen Gebieten keine wesentliche Vermehrung erfuhr. Im Jahr 1919 (März) verfügte die 15 großen Städte des Landes über ungefähr 118 000 Liter Frischmilch im Tage; es entfiel auf den Kopf der Bevölkerung ungefähr 1/3 Liter Milch. Trotzdem konnte aber, da die große Zahl der Vorrangberechtigten auf größere Milchmengen als 1/3 Liter Anspruch hatte, von einer regelmäßigen Versorgung der gesamten städtischen Bevölkerung nicht die Rede sein. In den Jahren 1920 bis 1922 blieb die Milchlieferung in die Städte etwa die gleiche wie im Jahre 1919. Mit der Zunahme der Inflation verschlechterte sich die Milchzufuhr zusehends, sie betrug in den 15 großen Städten im März 1923 noch 86 000 Liter, im Oktober 1923 noch 73 000 Liter und sank im November 1923 auf 64 000 Liter. Ein Umschwung trat ein mit der Stabilisierung der Mark und zwar hat sich seit November 1923 die Milchlieferung in Baden auf das Doppelte gehoben, sie betrug in den 15 großen Städten im März 1924 125 000 Liter täglich. Die Gründe der Zunahme liegen offen zu Tage: Es war der Minderverbrauch auf dem Lande, veranlaßt durch das Bestreben der Landwirte sich Barmittel zu verschaffen, die Verminderung der Butterherstellung, verursacht durch die Einfuhr billigen Fettes und der Wegfall des Samstags. In gewissem Umfang wird wohl auch eine Produktionssteigerung eingetreten sein, doch dürfte diese bei dem Mangel an Futtermitteln und dem einfließenden vermehrten Abstoßen von Vieh nicht allzuhoch in Rechnung zu stellen sein.

Trotz dieser sehr begrüßenswerten Zunahme der Milchlieferung in die Städte im laufenden Jahre reichen die

\* Vergl. Abhandlung von Dr. Clewisch „Die Versorgung der Städte mit Milch“ Hannover 1909.

zur Verfügung stehenden Mengen — die etwa die gleichen sind wie Anfang 1919 — bei weitem nicht aus, den Bedarf der Bevölkerung auch nur einigermaßen zu decken. Wenn die Milchversorgung in den badischen Städten heute eine zufriedenstellende ist, so ist dies überwiegend der Milchzufuhr aus der Schweiz zu verdanken, die sich z. B. täglich auf rund 100 000 Liter beläuft; die Einfuhr aus der Schweiz steht sonach nur um 25 000 Liter hinter der Inlandsanlieferung mit 125 000 Liter zurück und übersteigt die gesamte Milcheinfuhr aus allen außerbadischen Gebieten im Jahre 1910 erheblich. Diese Zahlen können bedenklich stimmen, wenn die Möglichkeit in Betracht gezogen wird, daß eines Tages infolge irgend welcher Ereignisse (Verslechterung der Valuta, Ausfuhrverbotes) die Einfuhr wesentlich eingeschränkt wird oder sogar ganz in Wegfall kommt. Diese Befürchtungen waren es wohl auch, die unlängst den Verband badischer Milchbedarfsvereine, dem die meisten großen und mittleren Städte des Landes angehören, veranlaßt hat, die Aufrechterhaltung der auf die Zufuhr aus den bisherigen Lieferbezirken bezüglichen Bestimmungen der Reichs- und Landesmilkverordnung zu beantragen. Die bisherige Aufteilung von Lieferbezirken bot eine Gewähr dafür, daß die großen Städte für alle Fälle mit der Anlieferung einer bestimmten Milchmenge rechnen konnten. Die Aufhebung der Regelung hätte ein Wettlaufen der Städte um Lieferbezirke zur Folge. Die den Städten nahegelegenen Liefergebiete würden wegen der billigeren und bequemeren Erfassung der Milch von allen Seiten umwarben sein, während die ferner gelegenen Bezirke wahrscheinlich nicht einmal in der Lage wären, ihre Milch abzusetzen; sie würden wahrscheinlich genötigt sein, Preisreduktionen eintreten zu lassen, um den Absatz der Milch zu ermöglichen. Die Beibehaltung dieser Bestimmungen ist also ebenfals im Interesse der Milch produzierenden Landwirte wie der Städte gelegen. Der Antrag der Städte bezweckt nicht etwa die Einführung der Milchzwangswirtschaft vielmehr soll an den schon jetzt gültigen Bestimmungen über die Ablieferung, nach welchen dem Eigenverbrauch der Landwirte keine Schranke gesetzt ist, nichts geändert werden. Die Städte wünschen vielmehr nur eine Sicherung gegen plötzliches Versagen der Milchlieferungen, die dann eintreten kann, wenn die Möglichkeit besteht, sich gegenseitig die Lieferbezirke abspenstig zu machen.

Die gleichen Bestrebungen sind übrigens auch in anderen Ländern (z. B. Württemberg) zu Tage getreten und es hat deshalb die Reichsregierung die Gültigkeit der Reichsmilkverordnung einstweilen bis 15. Juni ds. Js. verlängert.

In engem Zusammenhang mit der Frage der ausreichenden Milchversorgung steht die oben schon kurz berührte Frage der Produktionssteigerung der Milch. Zweifellos würden alle gesetzlichen Regelungen überflüssig u. jegliche Befürchtung hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung unnötig sein, wenn es gelänge, die Milchproduktion so zu steigern, daß Baden sich selbst mit Milch versorgen könnte.

Wir haben oben gezeigt, daß seit 1919 — wenigstens bei der Zufuhr in die Städte — sich eine Steigerung nicht bemerkbar machte. Trotz des Aufhörens des Milchamterns, trotz der Möglichkeit des Bezugs von Kraftfuttermitteln, trotz der Erhöhung des Milchpreises auf einen den Friedenspreis übersteigenden Preis (22 Pf.) ist die Zufuhr in die Städte im März 1924 die gleiche wie 1919. Es erhebt sich die Frage, ob es überhaupt möglich ist, die z. B. aus der Schweiz bezogenen Milchmengen mit 100 000 Liter d. i. im Jahr 36,5 Millionen Liter durch Produktionssteigerung entbehrlich zu machen.

Die Zahl der vorhandenen Milchkuhe betrug in Baden	
im Jahr 1912	334 495
1923	311 761

Es müßte also, um die Schweizermilch zu ersetzen, entweder eine ganz wesentliche Vermehrung des Viehstandes eintreten, oder eine Steigerung des Milchtrags um jährlich rund 115 Liter von jeder Kuh erreicht werden. Ausgeschlossen sind beide Möglichkeiten nicht, aber es wird wohl noch längere Zeit anstehen, bis man dem erwünschten Ziele nahe kommt.

Selbstverständlich ist es Pflicht der Landwirtschaft sowie aller hierzu berufenen Organe, die Milchproduktion mit allen nur erdenklichen Mitteln zu fördern. Dies ist

nicht nur nötig, um uns vom Ausland unabhängig zu machen, sondern es entspricht auch aus wirtschaftlichen Gründen dem Gebot der Stunde.

Welche Bedeutung gerade in wirtschaftlicher Hinsicht der Milchproduktion schon in Friedenszeiten zukam, darüber lassen wir zum Schlusse einige Vergleichszahlen folgen:

Nach Angaben der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft\*) betrug der Wert der deutschen Milchzeugung im Jahre 1906 2642 Millionen Mark.

Die gesamte Brotgetreideernte (Weizen und Roggen) bewertete sich in demselben Jahr auf 2253 Millionen Mark; die Kartoffelernte auf 875 Millionen Mark, der Wert der Zuckerverzeugung auf 418 Millionen Mark.

Die Einnahmen aller Staats- u. Privatbahnen im Jahre 1905 betrugen 2437 Millionen Mark. Die Werte aller Bergwerkserzeugnisse (einschl. Steinkohle) 1417 Millionen und aller Hüttenenergieerzeugnisse (einschl. Eisen), 2641 Millionen Mark.

Die Milchproduktion steht also bei weitem an erster Stelle und wird in der kommenden Zeit an Bedeutung umsomehr gewinnen, als wir genötigt sind, tunlichst viel Nahrungsmittel zu produzieren, um das Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr möglichst zu unsern Gunsten zu gestalten.

### Der deutsch-russische Konflikt

Abreise des russischen Botschafters

Der russische Botschafter in Berlin Krestinikoff und der stellvertretende Leiter der Handelsvertretung Turaw sind am Mittwoch nach Moskau abgereist. Nach der Schlichtung der Handelsvertretung sind im ganzen Geschäftsaufträge in Höhe von 8 140 000 Dollar inhibiert worden. Ferner ist verfügt worden, die in Berliner Banken untergebrachten Geldsummen in andere Länder überzuführen. Ein großer Teil dieser Gelder ist bereits abgeschickt worden. Von den seit der politischen Hausung Verhafteten sind Rosnow, Kaplan, Winkler und Schiffmann freigelassen worden. In Haft befinden sich Jomin, Schilinski, Meyer und Wischerup. Gegen die beiden Erstgenannten wird die Anklage erhoben, die beiden Polizeibeamten der Freiheit verweigert und dadurch die Flucht Bogachars begünstigt zu haben.

Die Moskauer Presse behandelt den deutsch-russischen Konflikt im Anschluß an Litwinows Rede als „französische-deutsche Aktion gegen die Londoner Konferenz“, die „Niwostija“ behauptet es, daß sich die deutsche Regierung zum Werkzeug der Wirtschaftskrise hergegeben habe, „die von monopolistischer Beherrschung des russischen Marktes träumt“. Da die deutsche Regierung wider Erwarten noch keine Genehmigung gegeben habe, müsse man „der Gesamtkomplex der deutsch-russischen Beziehungen auf die Tagesordnung setzen“. Die „Gonomicheskaja Schin“ erblickt gleichfalls, in jenen deutschen Wirtschaftskrisen die Urheber, die aus Anlaß der Londoner Konferenz die Wirtschaftspolitik und die Finanzen Rußlands zu untergraben suchen.

Die „Voss. Ztg.“ und der „Lokalanz.“ wollen wissen, daß der Zwischenfall in der Berliner russischen Handelsvertretung durch ein Schiedsgerichtsverfahren geregelt werden soll. Im Gegensatz hierzu bemerken die „Deutsche Wtg. Zeitung“ und das „Tageblatt“, daß sich die Angelegenheit in einem solchen Stadium nicht befindet.

Im Zusammenhang mit einer von der kommunistischen Fraktion des Preussischen Landtages eingebrachten großen Anfrage wegen des deutsch-russischen Zwischenfalles teilt die „D. W. Z.“ mit, daß der preussische Minister des Innern über das ihm von der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums übermittelte, in der Handelsvertretung beschlagnahmte Material berichtet dürfte. Die in der Handelsvertretung vorgefundenen Propagandabroschüren für die Schutzpolizei und die Reichswehr seien im vorigen Oktober gedruckt worden und damals der Beschlagnahme verfallen. Der kommunistischen Partei sei es jedoch gelungen, große Bestände dieser und anderer Flugblätter in die Räume der russischen Handelsvertretung zu bringen, wo sie jetzt von der Polizei entdeckt worden seien. Der Minister dürfte ferner die Beobachtung erwähnen, wonach die russische Handelsvertretung kommunistischen Flüchtlingen Unterschlupf gewährt hat, wenn die Personen von der Behörde verfolgt worden seien.

Die „Rom, 7. Mai. Giornale d'Italia“ und „Idea Nazionale“ besprechen den deutsch-russischen Konflikt in dem Sinne, daß sich die russische Botschaft einer Einmischung in die innere Politik anderer Länder enthalten solle.

Das englische Mieterschutzgesetz. Im englischen Unterhaus wurde in dritter Lesung ein Gesetzentwurf angenommen, durch den verhindert werden soll, daß die Mieter aus ihren Wohnungen entfernt werden dürfen. Die ursprüngliche Regierungsvorlage wurde abgelehnt. Der Gesundheitsminister erklärte sich mit dem von den Liberalen eingebrachten Entwurf einverstanden.

## Einberufung des Reichstags

Nach einer Besprechung des noch amtierenden Reichstagspräsidenten Lobe mit dem Reichskanzler besteht die Möglichkeit, daß der bisher genannte Termin des 22. Mai für die Einberufung des Reichstages nicht innegehalten werden kann. Lobe nimmt an, daß die Einberufung auf den 23.-26. Mai verschoben werden muß. Was die Wahl des neuen Reichstagspräsidenten betrifft, sind die Sozialdemokraten gewillt, bei deutschnationalem Anspruch auf diesen Posten auf eine neue Kandidatur Lobe zu verzichten.

Die Deutschnationalen halten sich jetzt für die stärkste Fraktion, weil sich die Landbündler ihnen anschließen wollen. Ob es dabei bleiben wird, das wird sich erst mit Sicherheit ergeben, wenn die offizielle Anmeldung der Fraktionen erfolgt. Eine Stellungnahme zwischen den einzelnen Fraktionen hinsichtlich der Mehrheits- und Regierungsbildung ist bisher nicht erfolgt.

Der Reichspräsident ist Mittwochabend aus Bad Norderheim nach Berlin zurückgekehrt. Unmittelbar darauf hat er mit dem Reichskanzler eine lange Unterredung gehabt, in der ihm über die Beschäfte des Kabinetts berichtet wurde.

### Die deutschnationale Schwelung

Die Erklärungen des deutschnationalen Führers Dr. Hergt im „Berliner Lokalanz.“, wonach die Deutschnationalen nun gewonnen sind, nach der Wahl eine gründliche Schwelung in der Stellungnahme zur Außenpolitik vorzunehmen, finden auf dem rechten Flügel der Partei bereits Widerspruch.

In der „Deutschen Zeitung“ hält Dr. Maurenbrecher Hergt vor, daß es sich bei dem Gutachten der Sachverständigen nur um ein Ablehnen oder Annehmen im Ganzen handeln könne. Wenn er also von der Bereitschaft zu Verhandlungen rede und von Vorbehalten, die ganz unberücksichtigt seien, so seien das Worte, wie sie Herr Stresemann seit August vorigen Jahres immer wieder ausgesprochen habe. Auch der Kommentar, mit dem die „Kreuzzeitung“ die Äußerung Hergts vertritt, läßt zwischen den Zeilen erkennen, daß für die von diesem Blatt vertretenen deutschnationalen Kreise sich Herr Hergt anscheinend etwas zu weit vorgewagt hat. Die „Kreuzzeitung“ macht deshalb den Versuch, seine Worte extensiv zu interpretieren, wobei sie erklärt: „Der Eintritt in Verhandlungen ist natürlich von Vorbehalten abhängig, die kaum hier näher ausgeführt zu werden brauchen. Es sei nur an die Räumung des Ruhrgebietes und an die Freilassung der Gefangenen erinnert. Es wird natürlich notwendig sein, diese Vorbehalte scharf zu skizzieren, falls es zu Verhandlungen mit anderen Parteien über eine Kabinettsbildung kommt. Gleichzeitig werden die Punkte festgelegt werden müssen, die eine Änderung des Sachverständigengutachtens bedürfen, wobei in erster Linie an die Kontrollmaßnahmen und an die untragbare Internationalisierung der Eisenbahn erinnert sein möge.“ Das alles klingt etwas schärfer als die Formulierung, die Dr. Hergt gebraucht hat. Der deutschnationale Parteiführer hat auch die Frage ziemlich ignoriert, wie die Regierung unter deutschnationaler Führung aussehen soll, die seine Politik machen würde. Daß es ohne andere Parteien nicht gehen würde, zeigen die Zahlen des Wahlergebnisses.

Es ist in dieser Richtung von einigen Interessierten, was die „Germania“, das Berliner Zentrumsorgan, zu Hergts Verantwortungsbereitschaft sagt. Sie wiederholt ihre frühere Feststellung, daß der Sinn der Wahlen nur der sein könne, daß der bisherige außenpolitische Kurs weitergeführt werde und fährt dann fort: „Wenn die Deutschnationale Volkspartei dieser Grundforderung der Zentrumsregierung entsprechen wollte, wenn sie sich also zu der früher von ihr bekämpften Politik bekennen wollte, dann bestünde wohl für das Zentrum kaum im Augenblick dringende Bedenken grundsätzlicher Art, den Stimmengewinn der Deutschnationalen Rechnung zu tragen. Stärkere Bedenken macht die „Germania“ aber gegen den deutschnationalen Anspruch geltend, unter allen Umständen die Macht zu behalten, wenn sie sie in Händen habe. Gegen diese Ansprüche der Deutschnationalen hat die „Germania“ erhebliche Bedenken einzubringen, zumal da Dr. Hergt aus dem Ergebnis der Reichstagswahl den Schluß ziehen möchte, daß nun die „nationale Rechte“ in Zukunft ohne weiteres den „entscheidenden Einfluß“ auch in den größeren Einzelstaaten ausüben müßte. Man erkennt sofort, was dies für Kreuze besagen soll. Die „Germania“ vertritt die Deutschnationalen, daß ihre Ansichten von Föderalismus hier mit denen Dr. Hergts durchaus nicht übereinstimmen.

Die „Voss. Ztg.“ erklärt zu dem von Hergt angekündigten Programm, das sich kaum noch von dem Programm der letzten Regierung unterscheidet, daß Herr Hergt noch um einiges deutlicher werden müsse. Angesichts der von den Sachverständigen festgestellten Unteilbarkeit ihrer Vorschläge werde einer von den Deutschnationalen geführten Regierung auch nichts anderes übrig bleiben, als sich damit abzufinden. Es handle sich also um ja oder nein. Wenn Herr Hergt bereit sei, ja möge er in Gottesnamen beweisen, was er könne. Das „N. Z.“ stellt ebenfalls den vollständigen Gegensatz des Wahlprogramms der Deutschnationalen zu ihrem Regierungsprogramm fest.

Der „Vorwärts“ ironisiert das „große Wunder“ der deutschnationalen Wandlung und hält es durchaus für möglich, daß diese Wandlung noch weitergeht bis zu der glatten Übernahme der bisherigen Außenpolitik. Innenpolitisch kündigt er bereits die Opposition der Sozialdemokraten an. Im übrigen bezweifelt das Blatt, daß das Zentrum sich so ohne weiteres zur parlamentarischen Unterstützung der Deutschnationalen bereit finden werde.

Die „Zeit“ sieht sich besonders mit den Angriffen Hergts auf Stresemann auseinander. Das volksparteiliche Organ meint, die Politik Stresemanns könne doch offenbar nicht gar so schlecht gewesen sein, wenn sie sogar vermocht habe, den Führer der großen Oppositionspartei, allerdings erst nach den Wahlen, zu sich zu bekehren. Dabei bezweifelt übrigens die „Zeit“, daß Herr Hergt mit seiner Auffassung in seiner eigenen Partei durchbringen werde.

### Pariser und Londoner Pressestimmen

Der Pariser „Temps“ erklärt zu den im „Berliner Lokalanz.“ veröffentlichten Ausführungen des Herrn Hergt die Stellung der Deutschnationalen zum Sachverständigengutachten in denen von gewissen Vorbehalten die Rede ist: Es genüge nicht diese Vorbehalte anzukündigen, Herr Hergt müsse auch sagen, welcher Art sie seien. Riefe man die „Deutsche Tageszeitung“ darüber zu Rat, so müsse man zu der Überzeugung gelangen, daß diese Vorbehalte der Nationalsozialisten auf die Sabotierung des Sachverständigenplanes hinauslaufen. Herr Hergt müsse sich klar über die von ihm gemachten Reserven aussprechen, denn sowohl die Gläubiger Deutschlands als auch die anderer Länder, die mit Deutschland Handel treiben, müßten sich klar sein, ob die von den Sachverständigen

empfohlene Lösung Aussicht hat, von Deutschland angenommen zu werden oder nicht, und vor allem ob die 800 Millionenanleihe Aussicht hat, Annahme zu finden. Auch das deutsche Volk selbst habe an solchen Ausführungen ein Interesse, denn der Wert der Rentenmark wird davon bestimmt.

Die Londoner „Times“ schreiben: Etwasige Versuche Deutschlands, über den Sachverständigenbericht zu verhandeln, würden weder in London noch in Paris zugelassen werden und sicher auch nicht in den Vereinigten Staaten. Es sei Sache der Deutschnationalen, als der Partei, die im neuen Reichstage die Entscheidung in den Händen habe, klar und unabweislich zu erklären, ob sie den Sachverständigenbericht ablehnen oder annehmen. — Der „Daily Telegraph“ hebt hervor, es könne nicht geleugnet werden, daß die Erzielung eines Einvernehmens mit Deutschland heute weniger leicht sei, als wenn die Parteien, die für die Annahme des Sachverständigenberichts eintreten, in beträchtlich größerer Stärke in den Reichstag zurückgekehrt wären. Allerdings habe der deutschnationale Führer Graf Westarp erklärt, daß die Annahme des Sachverständigenberichts, wenn auch nur aus Gründen diplomatischer Strategie ratsam sei. Man vertraue in London darauf, daß die große Mehrheit der Deutschnationalen, wenn sie einmal der Frage des Damesberichts gegenübergestellt würden, ihn nicht zu Fall bringen würde. — Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt, das Ergebnis der Reichstagswahlen zeige, daß die Mehrheit des deutschen Volkes geneigt sei, die Bedingungen des Sachverständigenberichts anzunehmen. Jetzt habe Frankreich das Wort. Von dem Ergebnis der französischen Wahlen am nächsten Sonntag hänge die Zukunft Europas ab.

Die Reichsblätter drücken in ihren Leitartikeln große Befriedigung über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen aus, die nach ihrer Ansicht die Billigung des Damesberichts und dessen baldige Ratifikation durch den Reichstag bedeuten. „Sun“ zufolge, sollte der Ausgang der Wahlen vom Sonntag denjenigen Parteien in Frankreich, die dafür eintreten, daß bei der Eintreibung der Reparationen der gesunde Menschenverstand walte, einen erheblichen Gewinn verschaffen.

## Der Arbeitskonflikt im Ruhrgebiet

Überraschend plötzlich ist es im Ruhrgebiet zu einem schweren und die deutsche Gesamtwirtschaft bedrohenden Arbeitskampf gekommen, nachdem noch in der letzten Zeit die Streikagitation der Kommunisten und Syndikalisten, von lokalen Ausnahmen abgesehen, ergebnislos geblieben, und noch unmittelbar vor den Reichstagswahlen ein Versuch der kommunistisch-syndikalistischen Union der Hand- und Sockarbeiter, die Bergarbeiter in einen Generalstreik zu treiben, fehlschlagen war. Daß sich jetzt binnen weniger Tage das Bild vollkommen geändert hat, wird, wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Essen meldet, zum Teil mit der durch die kommunistischen Wahlerfolge hervorgerufenen Hochstimmung großer Teile der Arbeiterschaft zusammenhängen, zum Teil scheint es die Folge einer Reihe von Fehlern zu sein, die bei der Behandlung der zwischen den Arbeitern und den Besetzen schwebenden Streitfragen gemacht worden sind. Abgesehen von den extremen Verweigerungspolitikern kann niemand wünschen, daß der drohende schwere Konflikt wirklich zum Ausbruch kommt und ausgeht, und auch die Gewerkschaftsführer der Bergarbeiter würden im Bewußtsein der auf ihnen ruhenden Verantwortung eine Beilegung des Streites sicherlich begrüßen. Indessen hat sich die Lage in den letzten Tagen so verschärft, daß es ihnen schwer fallen wird, die Arbeiter lediglich auf Grund des im Augenblick gegebenen Tatbestandes zur Unterwerfung unter die Bedingungen des Besetzerverbandes zu zwingen. Unter diesen Umständen drängt sich die Idee irgend einer Art von Vermittlung auf; vielleicht würde ein sofortiges geschicktes Eingreifen des Arbeitsministers mit verhältnismäßig geringen Mitteln eine Wendung herbeiführen können.

Der ganze Ruhrbergbau ruht mit Ausnahme von wenigen Zechen. Ungefähr 90 Prozent der Belegschaften sind am Mittwoch nicht eingezogen. Kleine arbeitswillige Gruppen haben sich nicht halten können.

Der Kraftwerksbetrieb wird notdürftig aufrecht erhalten. Nögendwache Zwischenfälle, die zum Eingreifen der Polizei hätte führen können, sind bisher unterblieben. Man rechnete in Bergarbeiterkreisen damit, daß es in absehbaren Tagen zu Verhandlungen kommt, in denen ein Ausweg gefunden werden kann, der beiden Seiten gerecht wird. Nach den vom rheinischen Kohlenkommissar vorliegenden Meldungen wird die Lage im Ruhrgebiet wohl als besonders ernst angesehen, jedoch hält man die Gefahr einer Störung der Kohlenversorgung gegenwärtig nicht für gegeben.

Von Arbeitgeberseite wird mitgeteilt: Eine Meldung, daß die Besetzer des Ruhrbergbaues seit Dienstagabend die gesamte Belegschaft ausgesperrt hätten, ist in dieser Form nicht zutreffend. Die Zechenverwaltungen haben lediglich diejenigen Bergarbeiter, die sich weigerten, länger als sieben Stunden zu arbeiten, nicht zur Arbeit zugelassen. Sobald es aus technischen Gründen irgendwie möglich ist, werden arbeitswillige beschäftigt.

Über die Arbeitslage im Kohlenbergbau liegen Berliner privaten Stellen die folgenden Nachrichten vor:

In Oberschlesien streifen sämtliche Zechen mit Ausnahme einer einzigen. In Sachsen sei der Ausstand ebenfalls ein vollständiger; nur in einer einzigen staatlichen Zeche werde gearbeitet. In Westfalen seien etwa 85 Prozent der Belegschaft ausgesperrt; ein kleiner Prozentsatz streike aus eigenem Antrieb; etwa 12 bis 14 Prozent seien gegenwärtig im Bochumer Revier an der Arbeit. In Niederschlesien werde durchweg gearbeitet. Die Verluste aus der Stilllegung werden von den Interessenten auf 8 bis 9 Millionen Goldmark für jeden Tag geschätzt. Die Franzosen sollen sich bisher neutral verhalten. Reparationslokallieferungen würden vermutlich aus den Halbenbeständen zunächst noch nach Möglichkeit fortgesetzt. Die Resistenz gegenüber dem für verbindlich erklärten Schiedsspruch sei auf Wahltagtation und den Wahlausgang zurückzuführen.

Die Streiklage in den deutsch-oberschlesischen Gruben ist unverändert. Von den Eisenhütten haben sich die Belegschaften der Eisenhütte Gleiwitz und der Fabrik Hindenburg dem Streik angeschlossen. Von gewerkschaftlicher Seite wird mitgeteilt, daß die Konferenz der Betriebsräte der Metallindustrie in gleicher Abstimmung den Beschluß faßten, ebenfalls in den Streik zu treten.

Die Lage in den sächsischen Kohlenrevieren ist ernst. Am Mittwoch bereits sollte die Absperrung im ganzen sächsischen Braunkohlenbergbau allgemein durchgeführt werden.

Absperrung in der Mitteldeutschen Metallindustrie. Der Verband der mitteldeutschen Metallindustriellen hat, wie aus Dessau gemeldet wird, wegen des Streiks in einigen anhaltischen Fabriken beschlossene, die Betriebe in Anhalt, in denen noch gearbeitet wird, auf den 15. Mai zu schließen. Davon werden tausende von Metallarbeitern betroffen.

## Politische Neuigkeiten

### Der Verwaltungsrat der Reichspost

Der auf Grund des Reichspostfinanzgesetzes zur Mitwirkung bei der Verwaltung der Reichspostverwaltung berufene Verwaltungsrat trat am Dienstag in Berlin zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der den Vorsitz führende Reichspostminister Höpffe wies darauf hin, daß die Reichspost- u. Telegraphenverwaltung jetzt ein vom allgemeinen Reichshaushalt losgelöstes Unternehmen sei, und daß die Ausgaben lediglich von den eigenen Einnahmen gedeckt werden müßten. Dabei bleibe die öffentlich-rechtliche Stellung der Reichspost, die volle Verantwortung des Ministers auch dem Reichstag gegenüber und die Stellung der Beamten mit den in der Reichsverfassung festgelegten Rechten und Pflichten gewahrt. Die Lage der Reichspost- und Telegraphenverwaltung habe eine befriedigende Entwicklung erfahren. Der Postverkehr hat sich gehoben, wenn er auch den Friedensstand noch nicht völlig erreicht hat. Der Telegraphen- und Fernsprechverkehr ist stärker gestiegen. Ohne die erfolgte Erhöhung der Telegraphen- und Fernsprechgelder wäre aber die Durchführung des Jahresprogramms nicht möglich. Auch ist zu hoffen, daß das Rechnungsjahr 1923 ohne Fehlbetrag abschließt. In der Behandlung unseres Personals dürfen die sozialen Bedürfnisse nicht außer Acht gelassen werden. Eine Gehaltsaufbesserung muß bald erfolgen, so daß dem Personal bei den schweren Arbeiten ein auskömmliches Leben gestattet ist. Der Personalabbau darf für unsere Verwaltung im allgemeinen als beendet angesehen werden.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde dem auf alter Grundlage aufgestellten Vorschlag der deutschen Reichspost formell zugestimmt, damit die Verwaltung zunächst im Rahmen der jetzt vorhandenen allgemeinen Unterlagen ihre Geschäfte weiterführen kann. Gefordert wurde die Verlegung eines Nachtragsetats, der zunächst dem Arbeitsausfluß zugehen und von dem Verwaltungsrat nachgeprüft werden soll.

Zu der Verordnung über die Änderung der Postgebühren stimmte der Verwaltungsrat dem Antrag zu, daß auch für Wertpakete der Sperrzuschlag zu entrichten ist, daß die Bestimmungen für Druckfachen wesentlich vereinfacht und die Gebühren entsprechend geregelt werden. Das Paketporto wird namentlich für Pakete über 7 Kilo erhöht. Die Versicherungsgebühren für Wertsendungen bis 500 Mark sollen erheblich vermindert und die Einschreibengebühren auf 30 Pfg. festgesetzt werden. Entgegen dem weitergehenden Regierungsvorschlag wurden die Zeitungsgebühren vom 1. Juli ab wie folgt festgesetzt: Gewicht bis zu 30 Gramm 3 Pfg. monatlich, über 30 bis 50 Gramm 5 Pfg., über 50 bis 100 Gramm 8 Pfg., über 100 bis 250 Gramm 12 Pfg., über 250 bis 500 Gramm 16 Pfg., über 500 bis 1000 Gramm 20 Pfg. monatlich. Der Mindestbetrag an Zeitungsgebühren für jede der Post zum Vertrieb übergebene Zeitung beträgt 30 Pfg. vierteljährlich. Für Sammelüberwerbungen von Zeitungen (durchschnittliche Nummerengewichte bis 25 Gramm) 6 Pfg. monatlich und bis 30 Gramm 9 Pfg. monatlich.

### Die Abstimmung in Hannover

Die Vertrauensmänner für die Abstimmung in Hannover haben an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem sie darüber klagen, daß die preussische Regierung die verfassungsmäßige Durchführung der Abstimmung am 18. Mai in Frage stelle. Weiter wird für die lokale Durchführung der Abstimmung die Einsetzung eines Reichskommissars gefordert.

Der Reichskanzler erklärte in seinem Antworttelegramm, die verfassungsmäßige Durchführung der Vorabstimmung sei durch die Maßnahmen und die Leitung der Reichsregierung vollkommen gesichert. Da die Ausführung der Anordnungen in der Hand eines Reichsbeamten in Hannover liege, so sei die Stellung eines Reichskommissars völlig überflüssig. Wenn die Vertretung des preussischen Staates Agitation gegen die Abstimmung treiben, so sei hiergegen verfassungsmäßig nichts einzuwenden.

### Die mecklenburgische Regierung wiedergewählt

Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin hat das Ministerium Brandenstein in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt, nachdem es am Dienstag durch das Vertrauenstimmotum der Reichsversammlung mit Hilfe der Sozialdemokraten und Kommunisten gestürzt worden war. Brandenstein wurde in der Stichwahl mit 24 gegen 22 Stimmen wiedergewählt, die auf den früheren Reichspräsidenten Brandenstein entfielen. Da Brandenstein nicht im Hause war, ließ sich nicht feststellen, ob er die Wahl annimmt. Die beiden anderen Minister v. Orjen und Dr. Stammer wurden mit 38 Stimmen wiedergewählt. Auch sie bestellten sich eine Entscheidung über die Annahme der Wahl vor.

### Die Versorgung der Offiziere und ihrer Hinterbliebenen

Mit Wirkung ab 1. April 1924 sind die Verpflegungszulagen für die ehemaligen Offiziere und Militärbeamten des Friedensstandes und die Kriegsversorgung ihrer Hinterbliebenen neu festgelegt worden. Von diesem Zeitpunkt ab beträgt: die einfache Verpflegungszulage monatlich 12 Goldmark und die erhöhte Verpflegungszulage monatlich 18 Goldmark. Der Zuschlag zum Witwengeld beträgt monatlich 12 Goldmark und der Zuschlag zum Waijengeld monatlich 9 Goldmark. Außerdem können künftig auf Antrag an ehemalige Offiziere und Militärbeamte des Friedensstandes, die bisher Kriegs-, Tropen-, Luftdienst- oder Verpflegungszulage bezogen haben, in Bedürfnisfällen Zuschläge zu ihren jetzigen Versorgungsgebühren in den Versorgungsämtern bewilligt werden, wenn sie jetzt nicht Goldmarkbezüge in Höhe von mindestens einem Drittel der früheren gesetzlichen Bezüge erhalten. In besonderen Notfällen können auch weitergehende Zuschüsse gewährt werden.

Keine Entschädigung für ausländische Papiermarkzettelnoten. Reichsbanpräsident Dr. Schacht erklärte u. a. dem Berliner Vertreter des argentinischen Blattes „Prensa“, die Entschädigungsansprüche für Verluste aus Papiermarkzettelnoten, die vom Ausland möglicherweise bei Deutschland geltend gemacht werden könnten, könnten von Deutschland unter keinen Umständen anerkannt werden. Das erste Anrecht auf Entschädigung hätten die Millionen Deutschen, die durch den Zusammenbruch der Papiermark um ihr letztes Hab und Gut gekommen seien.

Zur Verhaftung des Mathenaumörders. Wie bereits gemeldet, ist jetzt in München der kurz nach der Ermordung Mathenaus geflüchtete Student Günter Brand festgenommen worden. Brand hat eingestanden, der wegen Beihilfe zum Mathenaumord gesucht zu sein. Er ist gestern nach Leipzig verbracht worden. Nach den Ermittlungen ist Brand, der 26 Jahre alt ist und aus Kiel stammt, offenbar nicht nur in die Nordsee Mathenau verwickelt, sondern er dürfte auch, wie aus den seiner Zeit bei ihm beschlagnahmten Papieren hervorgeht, mit den Mördern des Reichsministers Erzberger, Schulz und Tilleßen, in näherer Verbindung gestanden haben. Brand, der während des Krieges Marine-Offizier war, wohnte bis zur Ermordung Dr. Mathenaus in Jena. Er war ebenso wie die verstorbenen Mathenaumörder, Fischer und Kern, Angehöriger der Sturm-Kompagnie des Brigade-Ehrhardt und Führer des Deutschnationalen Jugendbundes, Landesvereins Sachsen. Vor der Ermordung Mathenaus war ihm der Auftrag übermittelt worden, ein schnelles Personalautobil zu beschaffen. Brand setzte sich mit dem inzwischen nach Österreich geflüchteten Fabrikanten Rühnemeister in Verbindung, den er zur Fertigung eines Kraftwagens veranlaßte. Ob sich der Verhaftete bei der Ausführung des Auftrages im Kraftwagen befunden hat, bedarf noch der näheren Aufklärung.

### Kurze Nachrichten

Die Frauen im neuen Reichstag. Nach dem bisherigen Wahlergebnis wird der neue Reichstag insgesamt 17 weibliche Mitglieder haben. Als gewählt können bisher gelten 9 sozialdemokratische Frauen, 2 weibliche Kommunisten, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Deutschnationale entsenden je 2 Frauen in den Reichstag.

Bayrischer Landtag. Die sozialistische Fraktion des bayerischen Landtages wird durch den Zutritt der 8 Wähler Mandate die zweitstärkste Partei werden, während der bürgerliche Block als Fraktion erst an dritter Stelle steht. Die Sozialisten können somit den ersten Vizepräsidenten beanspruchen.

Eine Verleumdungsklage des bayerischen Ministers des Innern. Der Minister des Innern Dr. Schwenker hat gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Wälfischen Kurier“ Strafantrag wegen Verleumdung gestellt auf Grund eines Artikels dieser Zeitung vom 3. Mai, in welchem der Staatsminister im Anschluß an eine Werbung in seiner Rede in Raiten am 29. April 1924 des Hoch- und Landesrates bezichtigt wurde. Wels verlagte die „Kote Fahne“. Die „Kote Fahne“ hatte sich am Tage vor der Wahl aus Chemnitz telegraphieren lassen, daß die Sozialdemokratische Partei durch den Abgeordneten Wels aus Reichsmitteln dreiviertel Millionen Rentenmark zu Wahlzwecken erhalten habe. Diese Behauptung wurde sofort dementiert. Außerdem hat Abg. Wels gegen die „Kote Fahne“ Klage erhoben.

Die Kriegskosten der Staaten. In einer Veröffentlichung der Bankers Trust Company wird mitgeteilt, daß die Kriegskosten auf den Kopf der Bevölkerung in den verschiedenen Ländern nach dem Dollarstand von 1913 berechnet wie folgt angegeben werden können: England 524,85, Frankreich 250,2, Deutschland 292,57, Vereinigte Staaten 176,91, Italien 124,53, Österreich-Ungarn 108,76, Rußland 18,11.

Die Güter der griechischen Königsfamilie sind, wie aus Äthen gemeldet wird, für 2 200 000 Dracmen verkauft worden. Zwei Drittel dieser Summe wurden der früheren Königin Sophie ausbezahlt, der Rest ist unter die übrigen Erben des früheren Königs Georg verteilt worden.

Die Verlegenheiten des abgeseigten Kalif. Der abgeseigte Kalif hat die Regierung von Ankara telegraphisch um finanzielle Unterstützung ersucht. Die Regierung hat ihm jedoch geantwortet, daß sie keine Vorstöße gewähren könne, da die Nationalversammlung vor ihrem Auseinandergehen keine entsprechenden Kredite gewährt habe.

## Badischer Teil

### Die Putzsch von Lahr und Umgebung vor dem Gericht

Den Vörräthern Aufzuchtprozessen folgte vor dem Schwurgericht in Freiburg eine ähnliche Angelegenheit gegen die Angehörigen von Lahr und Umgebung, die wegen Abhaltung verbotener Versammlungen, benachteiligter Zusammenrottungen, Rergehen gegen das Sprengstoffgesetz, verbotenen Totschlags, Bedrohung, Freiheitsberaubung usw. auf der Anklagebank saßen.

Die Verhandlung, in deren Verlauf eine umfangreiche Beweisaufnahme notwendig wurde, dauerte 2 volle Tage. Aus dem Gang der Verhandlung war zu entnehmen, daß das Verhalten der schwer angegriffenen Schutzpolizei in der fraglichen Angelegenheit durchaus korrekt war, während die Aktion der Angeklagten einen gewalttätigen Charakter trug. Lediglich dem vernünftigen Verhalten der Schutzpolizisten bei dem Zusammenstoß der Verhafteten und auf dem Schutterlindenberg ist es zu verdanken, daß ein größeres Blutvergießen verhindert wurde. Der Staatsanwalt stellte den Antrag auf angemessene Strafen, wobei er betonte, den Angeklagten sei mildernd zugute zu halten, daß sie durch die Geldentwertung und die Wirrnisse jener Zeit außergewöhnlich erregt waren. Die Verteidiger plädierten sämtlich auf mildernde Umstände oder auf Freisprechung von einzelnen Punkten der Anklage.

Nach mehr als dreistündiger Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil: Das Schwurgericht nahm entsprechend den Anträgen der Verteidigung nicht Aufrubr, sondern Bildung eines bewaffneten Hauses an, ferner unerlaubten Waffenbesitz, Teilnahme an verbotenen Versammlungen, Vornahme verbotener Plakatanschläge, Widerstand gegen die Staatsgewalt, bei Ernst Matthias außerdem Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz, weil dieser bei dem Putzsch mehrere Handgranaten mit sich führte. Demgemäß wurden verurteilt: Wilhelm Görr zu 1 Jahr, 1 Monat Gefängnis, Josef Gellus zu 6 Monaten, 20 Wochen Gefängnis und 10 Mark Geldstrafe, Max Gese zu 7 Monaten, 2 Wochen Gefängnis und 40 Mark Geldstrafe, Ernst Matthias zu 1 Jahr, 1 Monat Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe, Karl Matthias zu 6 Monaten, 2 Wochen Gefängnis, Johann Sauer zu 1 Jahr, 1 Monat Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe, Herm. Seeburger zu 7 Monaten, 2 Wochen Gefängnis, Erich Schmidt zu 6 Monaten, 2 Wochen Gefängnis, M. Schödt zu 1 Jahr, 4 Monaten Gefängnis, Herm. Traub zu 7 Monaten, 2 Wochen Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe, Ludwig Traub zu 6 Monaten, 2 Wochen Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe, sämtlichen Angeklagten wurden 4 bis 5 Monate Untersuchungshaft angeordnet.

Eine Haftentlassung der Verurteilten findet vorläufig nicht statt; doch will das Gericht in aller Kürze einen bedingten Strafausschub in Erwägung ziehen. Bei dem nach den Bestimmungen des Sprengstoffgesetzes zu Zuschuß bewurteilten Ernst Matthias ist der Gerichtshof bereit, ein Gnabengesuch auf Umwandlung der Zuschußstrafe in Gefängnis zu befürworten.

### Aus dem besetzten Gebiet

Die Bestimmungen über den Aufenthalt im besetzten Gebiet haben, wie aus Neßl berichtet wird, eine Änderung erfahren. Nach einer Bekanntmachung des Bezirksamtes müssen auf Grund der Verordnung 266 der Rheinlandkommission alle im besetzten Gebiet ständig wohnenden Personen über 16 Jahre, gleichviel, welche Nationalität sie haben, im Besitze eines mit einem Lichtbild und dem Vermerk „Besetzter Gebiete“ versehenen besonderen Personalausweises sein. Dieser Ausweis wird von der zuständigen deutschen Behörde ausgestellt. Als im besetzten Gebiet ständig wohnhaft wird betrachtet, wer mindestens einen Monat dort gewohnt hat. Will eine im besetzten Gebiet wohnhafte Person ihren Wohnsitz außerhalb des besetzten Gebietes verlegen, so muß sie das Bürgermeisteramt ihres bisherigen Wohnortes davon benachrichtigen, das verpflichtet ist, den besetzten, dieser Person ausgestellten Personalausweis zurückzugeben und ihr dafür einen Abmeldebescheinigung auszustellen. Dieser Schein gilt fünf Tage und dient den Betroffenen als Ausweis für das Verlassen der besetzten Gebiete. Jeder Person kann nur ein Abmeldebescheinigung ausgestellt werden.

Die Bürgermeisterämter haben im Laufe des Monats Januar eines jeden Jahres ihre Aufkünfte über jene Bewohner ihrer Gemeinde, die im verflochtenen Jahre die besetzten Gebiete amtsständig Niederlassung außerhalb der besetzten Gebiete verlassen haben, dem Kreisdelegierten zu übermitteln. Für Verstöße gegen die Bestimmungen der Verordnung werden Sanktionen angedroht.

Weiter macht das Bezirksamte bekannt, daß nach einer Verfügung der interalliierten Rheinlandkommission im besetzten Gebiet der Handel und der Besitz von Gumminüssen, Stöcklingen und Pistolen „Arco“ verboten ist. Der Besitz der genannten Waffen ist nur demjenigen gestattet, dem von der Besatzungsbehörde eine Erlaubnis gemäß den Verordnungen 3 und 67 der interalliierten Rheinlandkommission erteilt wurde.

### Kommunale Rundschau

Das Reichstagswahlergebnis in Karlsruhe und die Nationalhausfraktionen. Unter dieser Überschrift führt der „Badische Beobachter“ aus, daß, wenn die bei den Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen für den Bürgerausschuß abgegeben worden wären, dieser ein wesentlich anderes Bild bieten würde. Um auch nur einen einzigen Stadtberordneten zu erlangen, wären mindestens 788 Stimmen erforderlich. Es würden also von vornherein fünf Parteien als zu schwach für die Vertretung auf dem Rathaus ausgeschieden. Den schwersten Verlust hätten die Mehrheitssozialdemokraten zu beklagen. Sie müßten sich anstatt mit 27 mit 16 Stadtberordneten und mit 5 gegen bisher 8 Stadträten begnügen. Einzigweil ist aber das Zentrum stärkste Partei in Karlsruhe. Auch die Demokraten müßten auf 1 Stadtrat sinken und auf 2 Stadtberordnete verzichten. Die Wirtschaftler bekämen anstatt 5 nur 3 Stadtberordnete, der bisher besetzte Stadtrat hätte nur noch durch anderweitige Hilfe gerettet werden. Die Kommunisten bekämen 2 Berordnete und einen Rat mehr. Die Gesamtlinie bliebe aber dann immer noch wesentlich schwächer als bis jetzt. Die alten Nationalhausfraktionen kämen beträchtlich stärker wieder, und zwar mit 17 Stadtberordneten und 5 Stadträten. Das Zentrum hätte je einen Vertreter mehr als die Nationalhausfraktionen. Die Deutschnationalen kämen 11 Stadtberordnete und 3 Stadträte gegen 9 und 8 beanspruchen. Sie bekämen Unterfraktion durch 5 bürgerliche Stadtberordnete und einen Stadtrat dieser Richtung. Insgesamt wären auf dem Karlsruher Rathaus 8 Parteien vertreten.

Der Bürgerausschuß Karlsruhe wird sich in seiner nächsten Sitzung mit einer Reihe von Vorlagen betr. Erwerb und Verkauf von Grundstücken befassen haben. — Nach einem Stadtratsbeschuß soll vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses mit Wirkung vom neuen Steuerjahr an (1. Juni) ein Zuschlag zur Staatlichen Hundsteuer in Höhe des doppelten Betrages derselben erhoben werden.

Die Mannheimer Indeziffer. Laut Mitteilung des Mannheimer Städtischen Nachrichtenamtes beträgt die für den 7. Mai berechnete Indeziffer 1202,1 Milliarden. Da am 30. April die Indeziffer 1182,9 Milliarden betrug, ist vom 30. April bis 7. Mai eine Steigerung um 1,8 Proz. eingetreten.

Das Heidelberger Stadttheater soll umgebaut werden. Es ist geplant, Anteilsscheine auszugeben, für die die Stadt Bürgerschaft und Zinsgarantie übernimmt. Auch eine Beteiligung der Stadt durch Übernahme eines Teils dieser Anteilsscheine ist vorgesehen. Das Theatergebäude soll nach beiden Seiten verbreitert werden, nach links (Süden) bis an das Nachbarhaus, nach rechts ziemlich weit bis an das Gebäude der städtischen Sparkasse heran. Dadurch wird erreicht, daß die Seitengänge in beiden Stockwerken verbreitert werden, und richtige Gardaroben aufweisen. Auch der Vorraum (die Schalterhalle) wird durch das Herausrücken der Seitenwände stark verbreitert. Der Zuschauerraum wird gleichfalls nicht unwesentliche Veränderungen zeigen. Zu den 245 Sitzplätzen im Parterre werden 54 neue kommen. Im ersten Rang werden Klappstühle angebracht, wodurch dort 42 neue Sitzplätze gewonnen werden. Dagegen bleiben die Seitenlogen unverändert. Ebenso wird die Galerie in der Mitte neu festhält, wobei sich 19 neue Sitzplätze ergeben. Im ganzen wird der Umbau 115 neue Sitzplätze bringen. Das Theater spielt in diesem Jahre bis zum 30. Juni und dürfte etwa am 24. oder 25. September mit den Vorstellungen der neuen Spielzeit beginnen. Vielleicht ließe sich der Beginn auch bis zum 1. Oktober hinauschieben. In dieser nicht ganz dreimonatigen Sommerpause wird der Umbau nur dann fertigzustellen sein, wenn er sofort am 1. Juli begonnen würde.

Bürgermeistererennung. Die Bürgermeisterwahl in Hirschbach verlief dreimal ohne Erfolg. Für die Restzeit des von seinem Amt zurückgetretenen Bürgermeisters Fehle wurde der langjährige Gemeinderat und Landwirt Leonhard Willmann in Hirschbach zum Bürgermeister ernannt.

Versehrung der rheinischen Landstraßen. Das der rheinischen Provinzialverwaltung unterstellte durchgehende Straßennetz der Rheinprovinz, etwa 5600 Kilometer, ist durch den Ruhrbrand, durch die Verlegung fast des ganzen Westberlins von der Eisenbahn auf die Landstraßen und durch den großen Autobezug, vor allem auch der Besatzungsmächte, an vielen Stellen in einen traurigen Zustand geraten. Die Schwierigkeit, das nötige Material heranzubringen, und der Mangel an Geldmitteln machten bisher eine ausreichende Instandhaltung nicht möglich. Das wirtschaftliche Interesse an einem gut fahrbaren durchgehenden Straßennetz ist aber heute ein außerordentlich großes. Der Provinzial-Ausschuß hat deshalb, wie aus Düsseldorf gemeldet wird, beschlossen, jetzt eine umfangreiche Instandsetzung der Provinzialstraßen in der Rheinprovinz vorzunehmen und dabei vor allem die Anlage von Kleinpflaster, das auf den Hauptstraßen allein geeignet ist, dem Verkehr auf längere Zeit stand zu halten, ins Auge zu fassen.

Der Bahnhofneubau in Emmendingen. Zu der kürzlich gebrachten Meldung über die von der Reichsbahndirektion in Berlin beabsichtigte Verlegung, sowie Neubau des Bahnhofes nahm der Bürgerausschuß Emmendingen in seiner Sitzung vom 5. d. M. Stellung und schloß sich nach längerer Ausführung des Bürgermeisters dem vom Gemeinderat erhobenen Protest voll und ganz an.

### Aus der Landeshauptstadt

Eine Industrieausstellung findet vom 1. bis 30. Oktober in der Städtischen Ausstellungshalle im Anschluß an die Karlsruher Herbstwoche statt. Sie wird von der Landesvereinigung technischer Vereine in Verbindung mit der Technischen Hochschule abgehalten werden. An der Ausstellung werden sich Firmen aus dem ganzen Lande Baden beteiligen.

Falsche 50-Rentenmarktscheine. Es sind Falschstücke der Rentenbankscheine zu 50 Rentenmark dom 1. November 1923 im Umlauf. Die Kennzeichen der falschen Scheine sind folgende: Nummer 624421, Wasserzeichen fehlt, Papier dünner, füllt sich fettig an, Fasernstreifen aufgemalt, Druck zum Teil unklar, besonders auf der rechten Hälfte des auf der Vorderseite stehenden Schriftzuges „Die Deutsche Rentenbank ufm.“ Vor der Annahme bezüglicher Falschstücke wird gewarnt.

Bezirksmeisterbezirksverein. Am Dienstag abend hielt der Bezirksmeisterbezirksverein im Gartenhof des Friedrichshofes eine Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende Ruhmann teilte mit, daß die Kollegen Stetter und Schiler gestorben seien. Am 30. Mai wird der frühere Syndikus des Bezirksmeisterverbandes einen Vortrag hier halten. Am nächsten Sonntag findet im „Anker“ in Maxau seitens der Maxauer Kollegen eine Unterhaltung aus Anlaß des 40jährigen Bestehens des Bezirksmeisterverbandes statt. In Mannheim wird im Juli ein Bezirksmeisterabend stattfinden. Über den Gruppenabend in Stuttgart berichtete Herr Ruhmann. Nach Erstattung des Jahresberichts entspann sich eine anregende Diskussion über die Bautätigkeit. Man war allgemein der Ansicht, daß durch den Wohnungsmangel eine Stellenänderung der Bezirksmeister fast zu den Unmöglichkeiten gehöre, so daß diese mit dem gewährten Gehalt zufrieden sein müßten. Die flauere Bautätigkeit brachte man mit dem herrschenden Geldmangel in Verbindung.

Landestheater. In der am Freitag, den 9. ds. Mts. stattfindenden Kneisinstudierung von Richard Strauß's „Urdrahe auf Kagoz“ sind in Hauptpartien beschäftigt die Damen Tracema-Brügelmann, von Ernst, Goldau, Rothhermel, Stedert und Bösch, sowie die Herren Bussard Glaf, Höder, Kallbach, Reichinger, Rentwig, Peters, Barth und Wehrauch. Die musikalische Leitung hat Operndirektor Corioles inne; in Szene gesetzt wird das Werk von Oberregisseur Stang. Beginn der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

### Kurze Nachrichten aus Baden

\* Nr. 26 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung des Arbeitsministeriums über die Herstellung, Aufbewahrung und Verwendung von Azetylen sowie die Lagerung von Kalziumcarbid.

DZ. Mannheim, 7. Mai. Die Direktion der Amilfabrik hat die Arbeiter, die sich zur Aufnahme der Arbeit bereit erklärt haben, durch Postkarte und die Beamten und Angestellten durch Anzeige in den Tageszeitungen zur Wiederaufnahme der Arbeit am Freitag morgen aufgefordert. Da die hiesige kommunistische „Arbeiterzeitung“ erklärt, wenn die Fabrik-tore geöffnet werden, müsse die Gesamtbelegschaft erscheinen und den Achtstundentag fordern, und da die Anhänger des Chemieverbandes bereits heute in der Frühe vor den Fabrik-toren unter Abführung revolutionärer Plakate demonstrierten, und außerdem in Versammlungen der Anhänger des Chemieverbandes gestern erneut die Fortführung des Kampfes beschlossen wurde, sind Unruhen nicht ausgeschlossen. In einer Zuschrift an das W.-St.-Büro dementiert übrigens die Direktion der A.M.F. die Nachricht der „Arbeiterzeitung“, daß das Opauer Werk unter Wasser stehe, die Arbeit dort also nicht aufgenommen werden könne. Weiter teilt die Belegschaft mit, ihre Kundgebung, es hätten sich genügend Arbeitswillige gemeldet, entspreche durchaus den Tatsachen, da bis heute vormittag sich 80 Prozent der Belegschaft zur Arbeitsaufnahme bereit erklärt haben und weitere Meldungen ständig einlaufen. — Die Regierung der Pfalz hat einen Aufruf erlassen, in dem erklärt wird: Niemand ist gezwungen, wieder in den Dienst der Fabrik zu treten. Wer aber arbeiten will, muß sich frei entscheiden können und darf an der Arbeit nicht durch Gewalttätigkeit gehindert werden. In die Arbeiterbelegschaft ergeht die Mahnung, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren. Gegen gewaltsame Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sind Maßnahmen getroffen.

DZ. Mannheim, 7. Mai. Der Weimarkt in Mannheim hatte trotz des Wahltages am Sonntag auch aus der Pfalz zahlreiche Besucher angezogen. Außer den Pferderennen ist auch ein Freischießmarkt mitverbunden worden.

DZ. Forzheim, 7. Mai. Der verstorbenen Fabrikant Rudolf Bacherer hat der Stadterwaltung noch kurz vor seinem Ableben die bedeutende Summe von 10 000 Rentenmark überwiesen. Nach dem Wunsch des Stifters soll der Betrag zur Unterstützung von Forzheimer Bürgern aller Stände verwendet werden, die unverschuldet in Not geraten sind.

DZ. Forzheim, 7. Mai. Heute nachmittag wurden die neuen Bahnhofsräumlichkeiten ihrer Bestimmung übergeben. Forzheim, 7. Mai. Über eine Ausschreitung am Vorabend des Wahltages in Dietlingen berichtet der „Forzh. Anzeiger“. Durch den Ort war ein Auto mit 6 bis 8 Personen gefahren, in mehreren Ortschaften des Pfingstales für die deutschnationale Partei zu werden. Vor dem Dietlinger Rathaus wartete dann eine größere Menschenmenge auf die Rückkehr des schwarz-weiß-roten bespannten Autos. Das selbe wurde mit einem Steinhagel empfangen und beschädigt. Mehrere Personen wurden getroffen doch niemand schwer verletzt.

W.B. Koblitzell, 8. Mai. Das am Untersee bei Nennigen gelegene altes Schloss Marbach, das jahrelang das Sanatorium Dr. Hornungs beherbergte, ist heute Nacht mit seinen ausgedehnten Lauben von einem schweren Brandunglück heimgeführt worden. Der große Bau ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Von dem Marbiser konnte nur wenig gerettet werden. Dagegen gelang die Rettung des Viehes. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Konstanz, 7. Mai. Die Weizenplage ist in der Bodenseeregion außerordentlich stark. Ein Leser der „Konst. Ztg.“ teilt mit, daß er von einem einzigen Kastanienbaum an einem Morgen 3 500 Weizenkörner, das sind 7 Liter, abschüttelte. Am selben Abend war der Kastanienbaum bereits wieder von Vögeln von Weizenkörnern umgeben.

Stuttgart, 7. Mai. Die Grundsteinlegung des Hauses des Deutschen Reiches erfolgt am 29. Mai in feierlicher Weise. Am gleichen Tage und am Tage vorher finden die Sitzungen des Verwaltungsrates, des Ausschusses und des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Auslandsinstituts statt.

Tierleuten in Württemberg. Am 30. April herrschte die Tollwut in 12 Oberämtern, 32 Gemeinden und 27 Gehöften, die Maul- und Klauenseuche in 10 Oberämtern, 14 Gemeinden und 24 Gehöften.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

	6. Mai		7. Mai	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam	1 576 800	1 584 400	1 581 000	1 589 000
Kopenhagen	718 100	721 800	717 200	720 800
Italien	189 500	190 500	190 500	191 500
London	18 455 000	18 545 000	18 455 000	18 545 000
New York	4 190 000	4 210 500	4 190 000	4 210 500
Paris	271 300	272 700	276 800	278 200
Schweiz	749 100	752 900	746 100	749 900
Prag	124 600	125 400	124 600	125 400
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200	60 800	61 200

Die kleine Ziffer bedeutet die Umtauschung in Prozent

Karlsruher Börse. 7. Mai 1924. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Der Markt ist in allen Artikeln lustlos. Als Folge der fortgesetzten Mehlversteigerungen sind die Preise gedrückt. Als ungefähre Forderungen können genannt werden: Weizen 19-19,50 G/M, Roggen 15,25-16, Braugerste 19,50-20, Hafer 15-15,50, Gelbmais ohne Sack 19,50 bis 20, Weizenmehl Mühlenforderung 25,25, Roggenmehl Mühlenforderung 24, Mehl aus zweiter Hand je nach Abgangsbedingungen billiger. Weizenfuttermehl je nach Fabrikat 11,25-11,75, Weizenkleie 10-10,50 G/M, alles per 100 Kilo, Mehl und Mühlenfabrikate mit Getreide ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe. Raufuttermittel: loses Weizenheu, gut, gesund, trocken 10-10,50 Weizen-Moggenstroh drahtgepreßt 6-6,25, alles per 100 Kilo Frachtparität Karlsruhe. Abteilung Weine und Spirituosen: Die verschärfte Geldknappheit lehnte jede Unternehmungslust ab, so daß irgendwelche belangreiche Geschäfte nicht zustande kommen konnten. Abteilung Kolonialwaren: Kaffee und Tee unverändert, Kaffee (deutsch) 1,80, Kaffee (holländ.) 2-2,20, Bismarck 0,38, Graupen 0,35, gelbe gespaltene Erbsen 0,34, weiße ungar. Bohnen 0,50, Bohnen mittel 0,35, Schweinefett 1,40, Saisöl 1,20, alles per Kilo.

Badische Pferdeversicherungsanstalt. Die ordentliche Generalversammlung der 1879 gegründeten Badischen Pferdeversicherungsanstalt e. G. in Karlsruhe genehmigte die Umwandlung der Anstalt in eine Aktiengesellschaft bezw. die Übernahme und Weiterführung der Geschäfte der Anstalt mit allen Aktiven und Passiven durch die im Anschluß an die G.V. neu errichtete Aktiengesellschaft mit dem Namen Badische Pferdeversicherungsanstalt A.G. zu Karlsruhe. Die neue Gesellschaft ist mit einem Aktienkapital von 500 000 M. unter Beteiligung des Allianz-Konzerns ausgerüstet. Die Gesellschaft beschloß zugleich den Eintritt in den Konzern.

Badische Märkte. Der Schlachtiervmarkt in Freiburg am 6. Mai war mit 9 Ochsen, 5 Rindern, 10 Kühen, 13 Ferkeln, 56 Kälbern, 10 Hammeln und 122 Schweinen besetzt. Pro Zentner Lebendgewicht wurden bezahlt für Ochsen und Rinder 1. Qualität 48 bis 50 M., Ochsen und Rinder 2. Qualität 40 bis 48 M., Ferkeln 40 bis 42 M., Kühe 24 bis 40 M., Kälber 52 bis 68 M. und Schweine 60 bis 68 M.

Überstände 1 Ose, 1 Mind, 3 Rüte und 4 Karren. Tendenz ruhig. — Der Viehmarkt in Haslach i. S. am 5. Mai war besetzt mit 41 Ochsen, 14 Kühen, 1 Kalb, 1 Kalbin und 14 Rindern. Anfolge der hohen Preise wurde kein Stück Vieh verkauft. — Der am 4. Mai in Haslach stattgefundene Viehmarkt brachte ein reges Leben und Treiben mit sich, da aus der ganzen Umgegend die Landleute herbeieilten um ihre Bedürfnisse an Kleidungsstücken usw. einzudecken. — Der Viehmarkt in Offenburg erreichte in diesem Jahre eine Größe, wie sie der Markt nur in seinen besten Zeiten hatte. Die früher im Juni stattfindenden Prämierungen von Pferden und Rindvieh wurden nunmehr auf den Mai verlegt. Der Markt hatte eine große Zufuhr von erstklassigem selbstgezüchtetem Material aufzuweisen. Die Viehpreise hielten sich im allgemeinen in niedrigen Grenzen. Der Besuch des Marktes wäre ein noch bedeutend größerer gewesen, wenn ihm seitens der Behördensstellen durch die Maßschwierigkeiten nicht Abbruch getan worden wäre.

Zur Lage der Rheinschifffahrt wird der „Berl. Börzeng.“ aus Mannheim geschrieben: Der Rheinflussstand war in der letzten Zeit auch am Oberrhein recht günstig. Nunmehr führt der Oberrhein Hochwasser. Die Schifffahrt ist bisher bis Straßburg-Rehl durchgehend worden und seit einigen Tagen fahren Boote auch bis Basel. Schleppkraft war genügend vorhanden, so daß in der Beförderung der Fahrzeuge Verzögerungen nicht eingetreten sind. Von den holländischen und belgischen Plätzen sind die Zufuhren zurückgegangen, was mit der Lage am Getreidemarkt zusammenhängt; manche Schiffe wurden deshalb von Rotterdam bis Ruhrort leer gelassen; in Ruhrort ist ein gewisses Anziehen des Geschäftes festzustellen gewesen. Das Salzgeschäft läßt zu wünschen übrig. Die Mannheim-Ludwigshafener Umschlagbetriebe sind noch ziemlich beschäftigt. Die Schiffsmitte, die schon auf 7 holl. Cent pro Tonne und Log gestanden hat, beträgt in Mannheim und Ruhrort 3 Cent in Holland 25 Cent. An Schlepplohn wird verlangt von Rotterdam nach Ruhrort 50 Cent Tarif je Last, Ruhrort-Mannheim 1,20 M. je Tonne, Mannheim-Karlsruhe 40 Cent, Mannheim-Straßburg-Rehl 85 Cent je Tonne. Die Redarschifffahrt war im abgelaufenen Monat April infolge günstigen Wasserstandes recht lebhaft. Zur Abfertigung kamen 28 Schleppzüge mit 114 Kähnen zu Berg, davon etwa zwei Drittel leer mit Bestimmungsort Salzwerk in Jagstfeld ober Heilbronn; die Beladung der übrigen bestand in Kohlen und Kaufmannsgütern in der Bergfahrt, Steinfalz, Brettern, Gips, Altsien, Packheinen usw. in der Fahrt zu Tal. An den letzten im Januar zwischen dem Redarschiffahrtsverein und dem Handelsverein Heilbronn bezw. den Salzwerken vereinbarten Frachttarifen wurde eine Änderung nicht vorgenommen.

## Staatsanzeiger

Nr. 41 412 Norm. XXII<sup>o</sup>. Die polizeiliche Behandlung der Fundfächer.

Auf den Kundentag vom 21. Oktober 1899. Nr. 36 034

An die Ortspolizeibehörden

Es besteht Veranlassung, daran zu erinnern, daß die öffentliche Bekanntmachung von Funden gemäß § 5 der Verordnung die polizeiliche Behandlung der Fundfächer, vom 6. Oktober 1899 (GWB. Seite 495) nicht durch Einräden in die amtlichen Verkündigungsblätter zu geschweigen braucht. Auch periodische Veröffentlichungen der Funde in abgeklärter Form sind nicht vorgeschrieben. Die Bekanntmachung hat demnach regelmäßig durch Auszug an der für öffentliche Bekanntmachungen der Ortspolizeibehörde bestimmten Stelle zu erfolgen.

Karlsruhe, den 5. Mai 1924  
Der Minister des Innern  
J. B. Leers

Bekanntmachung  
Die persönliche Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Uhlingen, Amt Waldshut, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen vier Wochen hierher einzureichen.  
Karlsruhe, den 2. Mai 1924.  
Der Minister des Innern  
J. A. Krüger

## Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurufelegungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Bericht:  
Verwaltungsinspektor Otto Rehm beim Bezirksamt Karlsruhe zur Heil- und Pflegeanstalt bei Konstantz, Verwaltungs-obersekretär Eugen Sommer in Weinheim als Obersekretär zum Bezirksamt Donaueschingen, Verwaltungs-obersekretär Arthur Deub beim ehemaligen Bezirksamt Bonndorf zum Bezirksamt Freiburg, Polizeiaffizient Leopold Schwab in Karlsruhe zum Bezirksamt — Polizeidirektion — Freiburg, Kanzleiaffizient Wilhelm Gaser beim ehemaligen Bezirksamt Achern zum Bezirksamt Wühl.

In den einstufigen Ruhestand versetzt:  
Oberrechnungsrat Karl Kraft, Verwaltungsinspektoren Julius Ehret, Ludwig Waag, Verwaltungsassistentin Luise Miegel, sämtliche beim Statistischen Landesamt, Verwaltungsassistent Josef Jäger beim Bezirksamt Freiburg.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:  
Professor Dr. Hermann Steurer am Gymnasium in Lage zum Direktor daselbst, Professor Albert Kreuzer an der Leisinghschule in Karlsruhe zum Direktor des Gymnasiums in Bruchsal, Hauptlehrer Alois Merkel an der Volksschule zu Durnersheim zum Rektor daselbst, Ministerialamtsgehilfe August Weingärtner zum Hausmeister im Unterrichtsministerium.

Versetzt wurde in gleicher Eigenschaft:  
Kreissschulrat Karl Eisinger in Schopfheim nach Waldshut.

Entlassen auf Ansuchen gemäß Art. 4 Abs. 2:  
Professor Dr. Friedolin Amann am Friedrichsgymnasium in Freiburg mit der Genehmigung zur Weiterführung seiner bisherigen Amtsbeziehung.

In den einstufigen Ruhestand versetzt:  
Univeritätssekretär Dr. Hermann Wehlig an der Universität in Heidelberg.

Ministerium der Finanzen

Domänenabteilung  
Ernannt:  
Der Finanzinspektor Bertold Deimling beim Rechnungsamte der Domänenabteilung zum Finanzoberinspektor.

Vorstabteilung  
Nachstehenden Vorstabsstellen wurden Stellen von II. Beamten der Forstverwaltung unter Verleihung der Amtsbezeichnung „Forstamtmann“ übertragen:  
Friedrich von Neubronn aus Heidelberg, Josef Gibe aus Geisingen, Hans Ringes aus Straßburg i. Elz.

Rechnungshof:  
Übertragen:  
Oberrechnungsrat Karl Bismann beim Staatsministerium die Stelle eines Prüfungsbeamten beim Rechnungshof.  
Auf Ansuchen in den dauernden Ruhestand versetzt:  
Oberrechnungsrat Albert Röniger beim Rechnungshof.

## WISSEN UND WIRKEN

Einzelschriften zu den Grundfragen des Erkennens und Schaffens

Herausgeber: Priv.-Doz. Prof. Dr. E. Ungerer

Abgeschlossene Einzeldarstellungen sollen in philosophischem Geiste Grundfragen behandeln. Dem außerhalb eines Gebiets Stehenden werden der Kenner und Forscher die Zusammenhänge, das sonst hinter dem Dornestrüpp einer Fachgeheimsprache verborgen bleibt. Gute Form — und trotzdem zuverlässiger Inhalt. Keine bequeme „Populärliteratur“, sondern Mitdenken fordernde, zielweisende „Einführung“. Nicht „Wissenschaft für Jedermann“, sondern neues Wissen für den, der schon wissenschaftlich denken gelernt hat. Kein „kleines Lehrbuch“ und erst recht kein Lehrbuchauszug; das heißt aber: keine Stoffanhäufung, kein Streben nach Vollständigkeit und gleichmäßiger Behandlung, sondern klare Strichführung und zweckmäßige Auswahl des Erforderlichen. Lieber gut gestellte Fragen, als ungenügend durchschaubare Antworten. Über das Gebotene hinaus werden dem Leser die Mittel gezeigt zu weiterer Vertiefung des Erworbenen.



die beherrschenden Richtungen der Fragestellung zeigen, die jenem in der verwirrenden Vielheit der Erscheinungen entgegen. In schlichter Sprache wird das Wesen des Gegenstandes herausgearbeitet, das sonst hinter dem Dornestrüpp einer Fachgeheimsprache verborgen bleibt. Gute Form — und trotzdem zuverlässiger Inhalt. Keine bequeme „Populärliteratur“, sondern Mitdenken fordernde, zielweisende „Einführung“. Nicht „Wissenschaft für Jedermann“, sondern neues Wissen für den, der schon wissenschaftlich denken gelernt hat. Kein „kleines Lehrbuch“ und erst recht kein Lehrbuchauszug; das heißt aber: keine Stoffanhäufung, kein Streben nach Vollständigkeit und gleichmäßiger Behandlung, sondern klare Strichführung und zweckmäßige Auswahl des Erforderlichen. Lieber gut gestellte Fragen, als ungenügend durchschaubare Antworten. Über das Gebotene hinaus werden dem Leser die Mittel gezeigt zu weiterer Vertiefung des Erworbenen.

Folgende Bändchen sind erschienen:

1. Dr. H. Erpf in Pforzheim. „Entwicklungszüge in der zeitgenössischen Musik.“
2. Prof. Dr. K. Boehm in Karlsruhe. „Begriffsbildung.“
3. Dr. E. Kraus in Mannheim. „Die geschichtlichen Grundlagen des Sozialismus.“
4. Prof. Dr. N. Krebs in Freiburg i. Br. „Die geographischen Grundlagen des deutschen Volkstums.“
5. Dr. M. Steidel in Karlsruhe. „Oper und Drama.“
- 6/7. Prof. A. Kistner in Karlsruhe. „Der Feinbau der Materie.“
8. Prof. Dr. O. Abel in Wien. „Die vorweltlichen Tiere in Märchen, Sage und Aberglauben.“
9. Prof. Dr. A. Messer in Gießen. „Der kritische Realismus.“
10. Dr. W. Waffenschmidt in Heidelberg. „Wasserkraft und Dampfkraft im wirtschaftlichen Wettbewerb.“

Folgende Bändchen sind in Vorbereitung:

- Prof. Dr. R. Baldus in Karlsruhe. „Formalismus und Intuitionismus in der Mathematik.“  
Prof. Dr. H. Driesch in Leipzig. „Relativitätstheorie und Philosophie.“  
Dr. Hans A. Grunsky in Stuttgart. „Weltwertung und Lebenswertung.“  
Univ.-Prof. Dr. E. Hoffmann in Heidelberg. „Die Entstehung des Erziehungsideals im Abendland.“  
Prof. Dr. Th. Haering d. J. in Tübingen. „Die Grundfragen der Geschichtsphilosophie.“

Preis: Jeder Band Mk. 1.—

== Ausführliche Drucksache kostenfrei ==

Verlag G. Braun, G. m. b. H. in Karlsruhe (Baden)

## Badisches Landestheater.

Freitag, 9. Mai. 7<sup>1/2</sup>—9<sup>1/2</sup> Uhr. Sp. I M. 5.40.  
Abonnement A 21.  
Th.-Gem. B.V.B. II. und III. Sondergruppe.  
Neu einstudiert: **Ariadne auf Naxos.**  
Oper von Richard Strauß.

## Karlsruher Brauereigesellschaft vormals K. Schrempf & U. Prink u. G., Karlsruhe.

Vermögen. Jahresrechnung auf 1. September 1923. Verbindlichkeiten.

	In Tausend		In Tausend
Aktienkapital, nicht voll einbezogenes Aktienkapital	124	Aktienkapital	3300
Eigenkapital	2262	Gesellschaftliche Rücklage	330
Abreibung	57	Sonder-Rücklage	1406
Maschinen u. Geräte	350	Hypothekenkapital	680
Abreibung	58	Kassafeld	1026
Schuldner	30971292	Betriebspartasse	199
Bürgschaften	33144	Zweifelhafte Ausstände und Valutaausgleich	177207433
Vorräte	201450235	Bürgschaften	33114
Kassenbestand	2327024	Sonstige Gläubiger	44694198
		Gewinn- und Verlust-Rechnung:	
		Gewinn-Vortrag auf 1. Sept. 1922	295
		Reingewinn 1922/23	12903205
			12903500
	234785186		234785186

## Soll. Gewinn- und Verlust-Rechnung. Haben.

	In Tausend		In Tausend
Abreibungen	115	Betriebs-Überschuß	12903615
Reingewinn	12903500		
	12903615		12903615

Der neu gewählte Aufsichtsrat besteht aus den Herren: Geh. Hofrat Dr. Ding, Brauereidirektor Herm. Gauer, Kgl. Hauptmann a. D. Koerber, Albert Prink, Privatier, Max Prink, Privatier, Brauereidirektor Emil Wolf.  
P. 314

## Karlsruher Brauereigesellschaft vormals K. Schrempf & U. Prink u. G., Karlsruhe.

K. Schrempf. F. Schrempf. R. Madlener.

## Mathematiker

gesucht von der Stadt Mosbach in Baden zur Erteilung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts an der beim dortigen Realprogymnasium eingerichteten städtischen Prima (kombinierter Unterricht). Fachlich im Englischen erwünscht, aber nicht Bedingung. Gehalt wie im Staatsdienst. Dienstantritt sofort. Schriftliche Bewerbungen an das Bürgermeisterei Mosbach.

## Jagdverpachtung.

Die Gemeinde Jochenheim (Amt Lahr in Baden) verleiht am Donnerstag, den 15. Mai d. J., nachmittags 1 Uhr, im Rathaus die Ausübung der Jagd auf ihrer Gemarkung und zwar District II, III und IV umfassen 356 ha Weid und 969 ha Feld für die Verpachtung bis 31. Januar 1929. Bedingungen können auf dem Rathaus eingesehen werden. P. 311 Jochenheim, 30. April 1924.  
Der Gemeinderat.

Lieferung und Aufstellung der eisernen Tragbauten der Überführung der Heidelberger Fernverkehrs- und Hauptbahn Mannheim-Basel 406 t Flußstahl, 21 t Stahl, sowie Ausbau der vorhandenen Tragbauten nach Finanzministerialverordnung vom 3. Jan. 1907 öffentlich zu vergeben. Entwurfszeichnungen, Zeichnungen des vorhandenen Bauwerks und Bedingnisheft im Karlsruher Rathaus, Friedrichstraße, 2. Stock, Zimmer 17, zur Einsicht. Abgabe der Unterlagen gegen 27 M. Erloß, nach auswärts 1 M. mehr. Angebote mit der Aufschrift „Ausbau der Hochbahnbrücke“ bis Montag, den 26. Mai 1924, vormittags 11 Uhr, geschlossen und postfrei an uns einzuliefern. P. 353  
Karlsruhe, 8. Mai 1924.  
Brückenbauamt der Reichsbahndirektion Karlsruhe.